



Grüner Stahl in Öffentliche Hand!

Themen:

- Gesamtplan oder Leuchtturm?
- Sanktionen stoppen!
- Kein Geld für Erzieherinnen?

Extra-Ausgabe
09.03.2023

Aktionstag 9. März

Gesamtplan oder Leuchtturm-Projekte?



Warum gibt es bei der Umstellung auf grünen Stahl in Duisburg nur ein Leuchtturm-Projekt (Thyssenkrupp Steel Hamborn)? Warum ist ansonsten Fehlanzeige (HKM und Arcelor-Mittal)?

Schon die Umstellung der Stahlindustrie in Duisburg wird nicht gemeinsam geplant. Es gibt auch keinen bekannten Plan für alle Stahlstandorte und alle Hochöfen des Thyssenkrupp-Konzerns. Und es gibt keinen gemeinsamen Plan zur Umstellung der gesamten Stahlindustrie in Deutschland auf grünen Stahl.

Kapitalisten sind planlos

Ob ArcelorMittal, Salzgitter, Saarstahl oder Thyssenkrupp - jeder Konzern-

vorstand plant allein für sein Unternehmen. Denn jeder will mit grünem Stahl zuerst auf den Markt. Allein der Profit des eigenen Konzerns zählt für die Aktionäre. Warum sollte etwa Frau Merz (Thyssenkrupp) Interesse an der Umstellung von Salzgitter haben?

Im Gegenteil: Für den eigenen Konzern wird überlegt, welcher Hochofen nicht ersetzt wird und welcher Stahlstandort über die Emscher geht.

Jeder für sich ist keine Lösung

Von den Kapitalisten ist kein Gesamtplan zu erwarten.

Warum hat die IG Metall keinen Gesamtplan? Warum fordern ihn nicht die Nasikkol, Kleber und Gasse?

Was tun bei thyssenkrupp steel

REVOLUTIONÄRE INITIATIVE RUHRGEBIET

Explodierende Energiepreise?

Sanktionen stoppen!

Alle sind gegen den Krieg Russland - Ukraine. Zwar klagen Kapitalisten wie Gesamtmetall über hohe Energiekosten, unterstützen aber die Sanktionen.

Sanktionen = Preisexplosion

Für die Explosion der Preise und damit für die hohen Energiekosten sind die Sanktionen Deutschlands, der EU und der USA gegen Russland verantwortlich. Für uns heißt die Inflation Lohnabbau.

Umstellung braucht Erdgas

Der Übergang zum grünen Stahl erfordert nicht weniger, sondern mehr Erd-



gas. Auch deshalb sind Sanktionen gegen Russland Wahnsinn!

Wer über hohe Energiekosten klagt, soll zuerst gegen Sanktionen protestieren!

Unser Vorschlag:

Grüner Stahl in öffentliche Hand!

Ohne einen Plan für alle Betriebe wird die Umstellung auf grünen Stahl nur für wenige Standorte gut enden. Ein solcher Plan erfordert die Vergesellschaftung der ganzen Stahlindustrie.

Doppelstrategie des Kapitals

Die Stahlkapitalisten bzw. Aktionäre betrachten jede Vergesellschaftung als Angriff auf ihr Privateigentum an Produktionsmitteln. Deshalb sind sie gegen alles, was nach Vergesellschaftung auch nur riecht: gegen eine Deutsche Stahl AG oder gegen eine Stiftung Stahl.

Doch weil die Umstellung teuer ist, schreien die Stahlaktionäre nach Milliarden Euro Staatshilfe. Der Staat soll ihnen die Umstellung auf grünen Stahl finanzieren.



IGM 'vergisst' Vergesellschaftung

An Sonn- und Feiertagen wie auf dem 1. Mai sprechen auch die IG Metall-Bürokraten und Betriebsräte von einer Deutschen Stahl AG oder von einer Stahlstiftung.

Aber wenn es um den Aktionstag am 9. März geht, dann steht in dem IG Metall-Flyer kein Wort davon.

Enteignen statt entlassen!

Grüner Stahl in öffentliche Hand!

Staatsanteile für jeden Euro Staatshilfe!

Tarifrunden ÖD, Post und Bahn

Kein Geld für Erzieherinnen, aber 100 Mrd. Euro für Aufrüstung?

In den aktuellen Tarifrunden beim öffentlichen Dienst, bei Post und Bahn sagen Vorstände und Regierung: Wir haben kein Geld!

Kein Geld für Busfahrer und Erzieherinnen, für Pflegerinnen und Schaffner, aber 100 Mrd. Euro für die Aufrüstung der Bundeswehr? Und es sollen noch 100 oder 200 Mrd. Euro mehr „Sondervermögen“ werden.

Wir kennen Osburgs Argumente

Der Bahn-Vorstand lehnte die 12%-Forderung der EVG ab wg. dem „verheerenden Krieg ..., hoher Inflation“



und „enormer Energiepreise“. Das werden in der nächsten Tarifrunde auch die Argumente von Osburg, dem Vorsitzenden des Arbeitgeberverbandes Stahl, sein.

Inflation ausgleichen!

Aktion & Debatte

Millionen protestieren in Frankreich

In Frankreich sind nach Angaben der Gewerkschaft CGT 3,5 Millionen Menschen auf die Straßen gegangen. Sie protestieren gegen die Erhöhung des Renteneintrittsalters von 62 auf 64 Jahre.



In manchen Städten wurden Barrikaden gebaut. Es kam zu Blockaden der Raffinerien. Der Eisenbahnverkehr stand still.

Warum lassen wir uns hohe Inflation und Lohnabbau, Sanktionen und Aufrüstung bieten?

www.riruhr.org



Revolutionäre Initiative
Ruhrgebiet

V.i.S.d.P.: Peter Berens,
Holtkampstr.9, 46145 Oberhausen